

Stellungnahme und Presseaussendung der „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ zur Stornierung des ÖGB-Veranstaltungsortes der Friedenskonferenz vom 9. – 11.6.2023 durch den ÖGB.

Wir haben die Friedenskonferenz zwar nicht unterstützt, verurteilen aber massiv die Vorgangsweise des ÖGB, einen zugesagten Veranstaltungsort 2 Tage vor Beginn zu stornieren. Leider spielte schon im Aufruf zur Konferenz und dann auf der Konferenz die Bedeutung und Wichtigkeit der Neutralität Österreichs, einer wirklichen, aktiven und engagierten Neutralitätspolitik gegen den Ukrainekrieg, als Beitrag nicht nur zur Sicherheit Österreichs, sondern auch für den internationalen Frieden keine Rolle, außer dass der Tagungsort Wien im (noch) neutralen Österreich liegt. Weil im Aufruf nicht nur Russland verurteilt, sondern auch die Rolle des Westens (NATO) vor dem Krieg angesprochen wurde und Friedensverhandlungen verlangt wurden, haben Medien davor massiv gegen die Konferenz Stimmung gemacht. Der ÖGB hat diesem Druck nachgegeben und auf Druck offizieller Stellen der Ukraine die Raumnutzung storniert. Die Konferenz fand kurzfristig wo anders statt. Das Kesseltreiben hatte aber die Auswirkung, dass in der Schlusserklärung der Konferenz die Mitverantwortung des Westens (NATO) von einem kleinen Redaktionskomitee nicht mehr aufgenommen wurde. Das entsprach nicht den Diskussionen und der Stimmung auf der Konferenz., wie von Teilnehmer:innen berichtet wurde. Damit gab die Konferenz politisch dem Druck nach und blieb politisch hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Eine von der Neutralität Österreichs ausgehende und aufgesetzte Konferenz als Beitrag der Neutralität Frieden und Sicherheit hätte es dem ÖGB möglicherweise schwerer gemacht den ÖGB als zugesagten Veranstaltungsort zu stornieren und seine unrühmliche Rolle noch klarer entlarvt.

Pressenaussendung 7.6.2023

Protestschreiben der Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg zur Stornierung von zugesagten ÖGB-Räumlichkeiten für eine Friedenskonferenz durch den ÖGB.

Liebe Kolleg:innen,

Das ist ungeheuerlich - und Absicht - 2 Tage vor einer Veranstaltung abzusagen. Der ÖGB befleckt sich einmal mehr - wie schon seinerzeit bei der Atomenergie ...
Wir verurteile/n entschieden den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Ich/wir haben das vom ersten Tag an klar gemacht. Wir haben gemeinsam mit vielen Antikriegs- und Friedensgruppen am 13. März 2022 entschieden gegen diesen Krieg und gegen die Kriegstreiber in Ost und West öffentlich, auf der Straße gegangen und haben dazu auch den ÖGB eingeladen. Der ÖGB nahm nicht teil. Und seitdem haben wir weiter immer wieder, zuletzt am 1. Mai 2023 protestiert. Schon im letzten Sommer 2022 haben wir einen Aufruf "Unsere Neutralität - unsere Sicherheit" gestartet und auch den ÖGB zur Unterstützung eingeladen. Der ÖGB trat dem - im Gegensatz zu zahlreichen Betriebsrät:innen - nicht nahe. Wer nicht nach Frieden sucht oder nicht einmal Friedenssuche auf einer Konferenz im neutralen Österreich zulässt und einen seit langem zugesagten Saal 2 Tage vor Veranstaltungsbeginn absagt, tritt alle demokratischen Spielregeln und die eigenen Statuten mit Füßen. Der ÖGB hat in den Statuten stehen, dass er sich für Frieden und Neutralität einsetzt - was hier geschieht ist das gerade Gegenteil. Natürlich muss der ÖGB niemanden einen Saal überlassen. Aber die konkreten Umstände sind offensichtlich interessengetrieben. Wer heute nicht alle Kriegstreiber in Ost und West beim Namen nennt und entschieden

verurteilt, und so den Frieden sucht, ist auch nicht mit der Forderung "Die Preise runter" glaubhaft. Denn was treibt die Preise? Profitgier, Kriegsgier in Ost und West. Wer profitiert von einem noch längeren Krieg? Auch die österreichische Rüstungsindustrie stellt sich schon bei den diversen Rüstungstöpfen der EU an. Dagegen sagen die ÖGB-Spitzen nichts? 90% der Menschen in Österreich sind für die Neutralität, 70% sind - nach einer Umfrage der Österr. Gesellschaft für Europapolitik für eine Beendigung des Krieges und für Waffenstillstands- bzw. Friedensverhandlungen in der Ukraine. Und der ÖGB - steht abseits - oder auf der anderen Seite. Steht der ÖGB noch auf der Seite der arbeitenden Menschen? Die Aktienkurse steigen, die Menschen sterben in der Ukraine - für den Stellvertreterkrieg USA/NATO/EU - Russland in der Ukraine. Und bei uns zahlen die Menschen dafür. Als immerwährend neutraler Staat sollten wir die Kriegsursachen aufzeigen und bekämpfen und auf Frieden hinarbeiten - der ÖGB zuvorderst!

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg

www.atomgegner.at

Mitinitiatorin der Initiative „Unsere Neutralität- unsere Sicherheit“

www.unsere-neutralität.at

Siehe dazu nachfolgend das Schreiben des ÖGB:

Von: ÖGB

Gesendet: Mittwoch, 7. Juni 2023 16:46

Betreff: Stornierung Raumbuchung

Sehr geehrte ...

Wir müssen Ihnen leider mitteilen, dass wir uns dazu entschlossen haben, die Anmietung aller Räume im ÖGB-Catamaran für die Veranstaltung „International Summit for Peace in Ukraine“ am kommenden Wochenende zu stornieren.

In den vergangenen Tagen haben wir aus vielen Quellen eine Vielzahl unterschiedlicher Informationen über Konferenz, über ihre Inhalte und über die eingeladenen Gäste erhalten. Leider sind wir nicht in der Lage, allen diesen Hinweisen nachzugehen. Wir haben uns zu keinem Zeitpunkt in die Einladungspolitik bzw. Organisation dieser Veranstaltung eingemischt und können daher auch nicht Stellung dazu nehmen.

Der ÖGB hat seit Beginn des Krieges im Februar 2022 klar gemacht, dass er zweifelsfrei auf der Seite des ukrainischen Volkes steht. Als eine der ersten Organisationen haben wir bereits eine Woche nach der russischen Invasion eine Hilfslieferung von fast 20 Tonnen in die Ukraine transportiert. Seither versorgen wir in Kooperation mit den ukrainischen Gewerkschaften mehrere Lager mit Binnenflüchtlingen, zuletzt besuchte eine Delegation das Land vor wenigen Wochen, im Mai.

Wir koordinieren unsere gelebte Solidarität regelmäßig mit den Gewerkschaften, wie auch mit den offiziellen Behörden der Ukraine. Jetzt sind mehrere Vertreter:innen des unschuldig im Krieg befindlichen Landes an uns herangetreten und haben uns gebeten, unsere

Unterstützung für Ihre Veranstaltung zurückzuziehen. Da wir die Ukraine und damit auch ihre in Österreich tätige Botschaft respektieren, sehen wir uns gezwungen, diesem Wunsch im Sinne einer weiterhin solidarischen Zusammenarbeit mit dem betroffenen Land zu entsprechen.

*Mit Bitte um Ihre Kenntnisnahme verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen
für die Geschäftsleitung*